

Grenzen der Freiheit

Eine Dokumentation des Beitrags
von Prof. Dr. Renate Köcher
in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
Nr. 119 vom 23. Mai 2019

INHALT

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Untersuchungsdaten

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 119 vom 23. März 2019, S. 12, unter dem Titel:

"Grenzen der Freiheit. Der Raum für die Meinungsfreiheit wird kleiner, so sieht es eine Mehrheit der Bürger. Denn mehr Themen werden zu Tabuzonen."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Heikle Themen
	A	2	Äußerung von Gauland über die Nazizeit ist für die große Mehrheit inakzeptabel
	A	3	Aussagen, die Kritik hervorrufen können: im öffentlichen Raum und im Freundeskreis
	A	4	Klagen über Political Correctness
	A	5	Ostdeutsche ärgern sich mehr über Reglementierungen im Sprachgebrauch
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Begrenzte Freiheit
		2	Patriotismus wird zum Tabuthema
		3	Meinungsfreiheit im öffentlichen und privaten Raum
		4	Am wenigsten Freiheit im Netz
		5	Was den Bürgern zu weit geht
		6	Nachträgliche Zensur

Originalmanuskript

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

Grenzen der Freiheit

Meinungsfreiheit gehört für die Bevölkerung zu den wichtigsten Garantien der deutschen Verfassung. Die Mehrheit attestiert Deutschland auch, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung im Großen und Ganzen gesichert ist – allerdings mit Einschränkungen. Zum einen trennt die Bevölkerung hier deutlich zwischen Meinungsäußerungen im öffentlichen Raum und im privaten Kreis, zum anderen ist die an sich garantierte Meinungsfreiheit nach dem Eindruck der großen Mehrheit ausgeprägt themenabhängig. Annähernd zwei Drittel der Bürger sind überzeugt, man müsse heute "sehr aufpassen, zu welchen Themen man sich wie äußert", denn es gäbe viele ungeschriebene Gesetze, welche Meinungen akzeptabel und zulässig sind.

Schaubild 1

Allen voran gehört das Flüchtlingsthema für die große Mehrheit zu den heiklen Themen, bei denen man mit Äußerungen vorsichtig sein sollte, gefolgt von Meinungsbekundungen zu Muslimen und dem Islam. Auch die Nazizeit und Juden gehören für die Mehrheit zu den heiklen Themen, für knapp die Hälfte auch Rechtsextremismus und Gespräche über die AfD. Darüber hinaus haben weite Bevölke-

Tabelle A 1

rungskreise den Eindruck, dass man sich nur mit Vorsicht zu Themen wie Patriotismus, Homosexualität oder zu der Diskussion um das dritte Geschlecht äußern kann. Anders ist das bei Themen wie Klimaschutz, Gleichberechtigung, Arbeitslosigkeit oder Kindererziehung, zu denen man sich nach dem Eindruck der überwältigenden Mehrheit freimütig äußern kann.

Dass eine Gesellschaft bei bestimmten Themen die zulässigen Meinungsäußerungen durch Normen begrenzt, ist nicht per se ungewöhnlich oder kritisch. Es gibt Positionen, die für die Identität einer Gesellschaft von besonderer Bedeutung sind, wie es Äußerungen gibt, die gegen grundlegende Werte einer Gesellschaft verstoßen. Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier hat kürzlich darauf hingewiesen, dass die Akzeptanz der Werteordnung der Verfassung für den Zusammenhalt der Gesellschaft essenziell ist. Daraus folgt jedoch auch, dass es Grenzen des Sagbaren geben muss, zum Beispiel dort, wo die Würde des Menschen massiv attackiert wird. Auch der Umgang mit der NS-Zeit ist durch einen breiten gesellschaftlichen Konsens normativ in wesentlichen Teilen festgelegt; die Leugnung oder Bagatellisierung der Verbrechen der Nazizeit hält die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung für nicht akzeptabel. So wurde die vielbeachtete Äußerung von Alexander Gauland, Hitler und die Nazis seien nur "ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschich-

Tabelle A 2

te" von 76 Prozent als völlig inakzeptabel bewertet. Solche Grenzziehungen sind ein wichtiges Element von Identität und Zusammenhalt einer Gesellschaft. Entsprechend spiegelt die Überzeugung der Bevölkerung, dass man sich mit Äußerungen zur Nazizeit oder zu Juden unmöglich machen kann, die Wirkung von Normen, auf die sich die überwältigende Mehrheit verständigt hat.

Tabelle A 1

Anders ist das bei den Themen, die mehr als alle anderen als Tabuzonen eingeschätzt werden, Flüchtlinge und Islam. 71 Prozent haben den Eindruck, dass man sich zur Flüchtlingsthematik nur mit Vorsicht äußern kann. Spätestens seit 2015 hat die Bevölkerung eine klare Vorstellung, was geschehen kann, wenn Konflikte in anderen Ländern, die sie weit entfernt wähnte, eskalieren und Menschen die Existenzgrundlage entziehen. Die deutsche Bevölkerung ist im internationalen Vergleich gut informiert und weiß auch um das starke Bevölkerungswachstum in Afrika, mit dem das wirtschaftliche Wachstum dieses Kontinents nicht mithält. Daher hält die Mehrheit weitere Flüchtlingswellen für wahrscheinlich. Diese Sorge spielt subkutan eine große Rolle, auch wenn sich die Erregung der Jahre 2015 und 2016 weitgehend gelegt hat. Geblieben ist jedoch der Eindruck, dass die Sorgen der Bevölkerung von den Eliten nicht ausreichend ernstgenommen und sogar unter Verdacht gestellt werden. Genauso greift die Diskussion über die Rolle und den Umgang mit dem Is-

Tabelle A 1

lam die Besorgnis der Bevölkerung nur begrenzt auf und trägt dadurch zu einem Gefühl der Entfremdung bei, das heute nicht nur in Deutschland, sondern mehr noch in anderen Ländern das Verhältnis zu den Führungseliten beeinflusst.

Bemerkenswert ist auch ein anderer Bereich, der nach dem Empfinden der Bürger zunehmend zum Tabugebiet mutiert: Vaterlandsliebe und Patriotismus. Vor gut zwei Jahrzehnten empfanden nur 16 Prozent Patriotismus als heikles Thema, vor anderthalb Jahrzehnten 26 Prozent, aktuell 41 Prozent. In den 90er Jahren und auch noch am Beginn des vergangenen Jahrzehnts wurden Patriotismus, Weltoffenheit und die Unterstützung für Europa nicht in einem Spannungsverhältnis gesehen. So war die CDU/CSU für die Bevölkerung gleichzeitig Europa- und Nationalpartei, eine politische Kraft, die sich für die europäische Integration einsetzte und sich zugleich mit der Nation identifizierte. Auch hier ist sich die Bevölkerung jedoch nicht mehr so sicher, ob die Eliten mit ihrer überzeugten Unterstützung der europäischen Integration und in einer globalisierten Weltwirtschaft die Nation noch hochhalten. Die Erfolge von Politikern in Europa und den USA, die klar der Nation Priorität einräumen und dies als Positionierung gegen das "Establishment" propagieren, sind ein Ergebnis dieses Misstrauens. Mit dem Aufkommen nationalistischer und gleichzeitig europakritischer Gruppierungen wurde Patriotismus im-

Schaubild 2

mer mehr zu einem aufgeladenen, kontroversen Thema – auch weil Bürger zunehmend fürchten, als rechtsaußen zu gelten, wenn sie sich als Patrioten outen. Mittlerweile hat ein Drittel der Bevölkerung sogar den Eindruck, dass ein Politiker sich hüten sollte, Nationalstolz zu bekunden, wenn er sich nicht harten Angriffen aussetzen will.

Tabelle A 3

Der öffentliche Raum wird ohnehin weitaus weniger mit Meinungsfreiheit assoziiert als der private Bereich. 59 Prozent der Bevölkerung ziehen die Bilanz, dass in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis Meinungen frei geäußert werden können. Im öffentlichen Raum sehen nur 18 Prozent eine vergleichbare Freiheit. Wenn einzelne Positionen und Meinungsäußerungen durchgespielt werden, zeigt sich durchgängig, dass der Raum des öffentlich Sagbaren enger gezogen wird als im privaten Bereich. So sind 62 Prozent überzeugt, dass ein Politiker mit harter Kritik rechnen muss, der äußert, der Islam habe in Deutschland zu viel Einfluss; in ihrem privaten Umfeld gehen dagegen nur 22 Prozent davon aus, dass diese Äußerung Anstoß erregen würde. Die Einschätzung, für Flüchtlinge würde in Deutschland zu viel getan, sehen 61 Prozent im öffentlichen Raum als riskant an, 31 Prozent im privaten Kreis.

Schaubild 3

Tabelle A 3

Interessanterweise wird das Internet noch weniger als Ort der grenzenlosen Meinungsfreiheit gesehen als der öffentliche Raum. Zwar weichen Gruppierungen, die stigmatisiert werden, in hohem Maße ins Netz aus. Extreme politische Anschauungen sind dort überpro-

portional vertreten wie auch rüde Formen der Auseinandersetzung, die außerhalb des Internets kaum in dieser Ausprägung zu beobachten sind. Aber gerade das macht das Internet als Forum des politischen Meinungsaustauschs vielen suspekt und schreckt ab, sich dort zu exponieren. 17 Prozent sehen das Internet als eine Plattform, auf der man unbedenklich seine Meinungen vertreten kann; 36 Prozent haben dagegen den Eindruck, dass man sich dort bei vielen Themen besser zurückhalten sollte, eine Einschätzung, die 20 Prozent für den öffentlichen Raum und nur 4 Prozent für den eigenen privaten Kreis vornehmen.

Schaubild 4

Schaubild 3

In Bezug auf Meinungsäußerungen in der Öffentlichkeit haben bemerkenswert viele den Eindruck, dass sich die soziale Kontrolle verstärkt und individuelle Äußerungen und Verhaltensweisen zunehmend unter Beobachtung stehen. Jeder zweite Bürger ist überzeugt, dass heute vielmehr darauf geachtet wird, wie man sich in der Öffentlichkeit verhält und was man sagt. 41 Prozent kritisieren, die Political Correctness werde übertrieben, und 35 Prozent ziehen für sich sogar den Schluss, dass freie Meinungsäußerungen nur noch im privaten Kreis möglich sind.

Tabelle A 4

Zu dem Eindruck, dass die Freiheitsspielräume im öffentlichen Raum kleiner werden, haben nicht nur unausgetragene Kontroversen über wichtige Entscheidungen beigetragen, sondern auch die Rigorosität, mit der bestimmte Sprachregelungen eingefordert wer-

den. So finden es zwei Drittel der Bevölkerung übertrieben, wenn statt der Begriffe Ausländer oder Ausländischstämmige umständlich von Menschen mit Migrationshintergrund gesprochen werden soll – ein Begriff, der für akademische Seminare, aber nicht für die Alltagssprache taugt. Der Mehrheit geht auch zu weit, dass immer mehr auf Genderneutralität geachtet wird, sei es durch die Einforderung, dass in Ansprachen immer die männliche und die weibliche Anrede zu verwenden ist, sei es durch Vorgaben für Stellenanzeigen, in denen nun durch das berühmte Sternchen alle drei Geschlechter zu adressieren sind. Dies trifft quer durch alle Generationen und Bildungsschichten auf Unverständnis. Generell tut sich die Mehrheit noch schwer mit der offiziellen Einführung des dritten Geschlechts.

Schaubild 5

Völlig verständnislos reagieren die Bürger auf nachträgliche Korrekturvorschläge zu Texten, die sicherstellen sollen, dass sie heutigen Sensibilitäten und Normen entsprechen. Dass beispielsweise Astrid Lindgrens "Negerkönig" in "Pippi Langstrumpf" zum "Südseekönig" mutieren müsste, um nach heutigen Maßstäben politisch korrekt zu sein, löst nur Kopfschütteln aus. 75 Prozent plädieren für die Beibehaltung der Originalversion, nur 14 Prozent votieren dafür, Begriffe, die heute als nicht mehr zeitgemäß oder beleidigend empfunden werden, auszutauschen. Das Verständnis für solche Forderungen ist in den letzten Jahren nicht gewachsen, sondern zurückgegangen.

Schaubild 6

57 Prozent der Bevölkerung "geht es auf die Nerven, dass einem immer mehr vorgeschrieben wird, was man sagen darf und wie man sich zu verhalten hat", überdurchschnittlich beklagt sich hier interessanterweise die ostdeutsche Bevölkerung, die noch relativ frische historische Erinnerungen an Reglementierung und Einengung hat. Es macht einen großen Unterschied, ob eine Gesellschaft sich allgemein akzeptierten und für sinnvoll gehaltenen Normen unterwirft oder ob die Bürger den Eindruck haben, dass sie immer mehr beobachtet und bewertet werden und einem oft kleinteiligen Erziehungsprozess ausgesetzt sind – und sei es auch mit den besten Absichten. Zurzeit ist in der politischen Debatte viel von Respekt die Rede, wenn auch in einem anderen Kontext. Viele Bürger vermissen jedoch offenkundig Respekt, aber in dem Sinne, dass sie mit ihren Sorgen und Positionen ernst genommen werden, über wesentliche Entwicklungen offen diskutiert wird und sie von erzieherischem Furor verschont bleiben.

Tabelle A 5

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1283
Befragungszeitraum:	3.05. - 16.05.2019
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Heikle Themen

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Auf dieser Liste haben wir einiges aufgeschrieben, worüber man sich unterhalten kann. Welches davon sind Ihrer Ansicht nach heikle Themen, bei denen man sich leicht den Mund verbrennen kann, wenn man darüber spricht?" (Listenvorlage)

	Bevölk. insg. %
Über Flüchtlinge	71
Über Muslime, den Islam	66
Über Juden	63
Über Hitler, das Dritte Reich	58
Über Rechtsextremismus.....	49
Über die AfD	48
Über Homosexuelle	47
Über Vaterlandsliebe, Patriotismus.....	41
Über das dritte Geschlecht	37
Über Behinderte.....	24
Über Kindererziehung	23
Über Arbeitslose	16
Über die Gleichberechtigung der Frauen.....	15
Über Klimaschutz.....	14
Keines dieser Themen ist heikel	7
Weiß nicht.....	2

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12003, Mai 2019

Äußerung von Gauland über die Nazizeit ist für die große Mehrheit inakzeptabel

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf diesen Karten stehen verschiedene Aussagen von Politikern. Welche dieser Aussagen halten Sie von der Wortwahl her für in Ordnung, welche halten Sie für grenzwertig, aber gerade noch akzeptabel, und welche gehen Ihrer Meinung nach zu weit und sind inakzeptabel?" (Kartenspiel- und Bildblattvorlage)

Diese Aussagen gehen zu weit, sind inakzeptabel

Bevölkerung
insgesamt

%

Auszug aus den Vorgaben:

"Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über tausend Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte"76

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11089

Aussagen, die Kritik hervorrufen können: im öffentlichen Raum und im privaten Freundeskreis

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGEN: "Hier auf dieser Liste stehen einmal einige Aussagen. Was davon kann man Ihrer Meinung nach als Politiker nicht sagen, ohne dafür hart kritisiert zu werden?" (Listenvorlage)
"Hier auf dieser Liste stehen einmal einige Aussagen. Wenn Sie einmal an Ihren Freundeskreis denken: Was davon könnte man dort nicht sagen, ohne dafür hart kritisiert zu werden?" (Listenvorlage)

	Bevölk. insg.	
	Dafür wird man als Politiker hart kritisiert %	Dafür wird man im Freundeskreis hart kritisiert %
Viele Flüchtlinge sind kriminell	69	34
Die AfD vertritt oft richtige Positionen	66	42
Der Islam hat in Deutschland zu viel Einfluss	62	22
Für Flüchtlinge wird in Deutschland zu viel getan	61	31
Homosexuelle sollten beim Thema Ehe und Familie nicht die gleichen Rechte haben wie andere	60	29
Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg	59	28
Der Islam gehört zu Deutschland	55	42
Deutschland sollte stärker seine eigenen Interessen verfolgen und sich weniger um andere Länder kümmern	46	18
Deutschland sollte aus dem Euro aussteigen	46	21
Wir in Deutschland übertreiben es häufig mit dem Umweltschutz	37	19
Ich bin stolz darauf, Deutscher zu sein.....	35	16
Nichts davon	7	23

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12003, Mai 2019

Klagen über Political Correctness

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf dieser Liste stehen einige Aussagen. Was davon würden auch Sie sagen?" (Listenvorlage)

	Bevölk. insg.
	%
Mir fehlen Politiker, die eine deutliche Sprache sprechen und die Dinge beim Namen nennen	63
Mir geht es auf die Nerven, dass einem immer mehr vorgeschrieben wird, was man sagen darf und wie man sich zu verhalten hat.....	57
Ich spreche so, wie ich möchte, und lasse mir dabei nichts vorschreiben	50
Ich habe den Eindruck, dass heute viel mehr darauf geachtet wird, wie man sich in der Öffentlichkeit verhält und was man sagt.....	48
Ich finde, es wird heute mit der politischen Korrektheit übertrieben.....	41
Heute kann man eigentlich nur noch im privaten Kreis sagen, was man wirklich denkt	35
Ich finde, in den Medien wird heute zu sehr auf politische Korrektheit geachtet.....	34
Mit ist es wichtig, dass ich nichts sage, was bestimmte Gruppen beleidigen könnte.....	30
Nichts davon	2

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12003, Mai 2019

Ostdeutsche ärgern sich mehr über
Reglementierungen im Sprachgebrauch

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf dieser Liste stehen einige Aussagen. Was davon würden
auch Sie sagen?" (Listenvorlage)

	Westdeutschland	Ostdeutschland
	%	%

Auszug aus den Vorgaben

Mir geht es auf die Nerven, dass einem immer mehr vorgeschrieben wird, was man sagen darf und wie man sich zu verhalten hat	56	61
---	----	----

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12003, Mai 2019

Zweitstimmen

Gesamtdeutschland

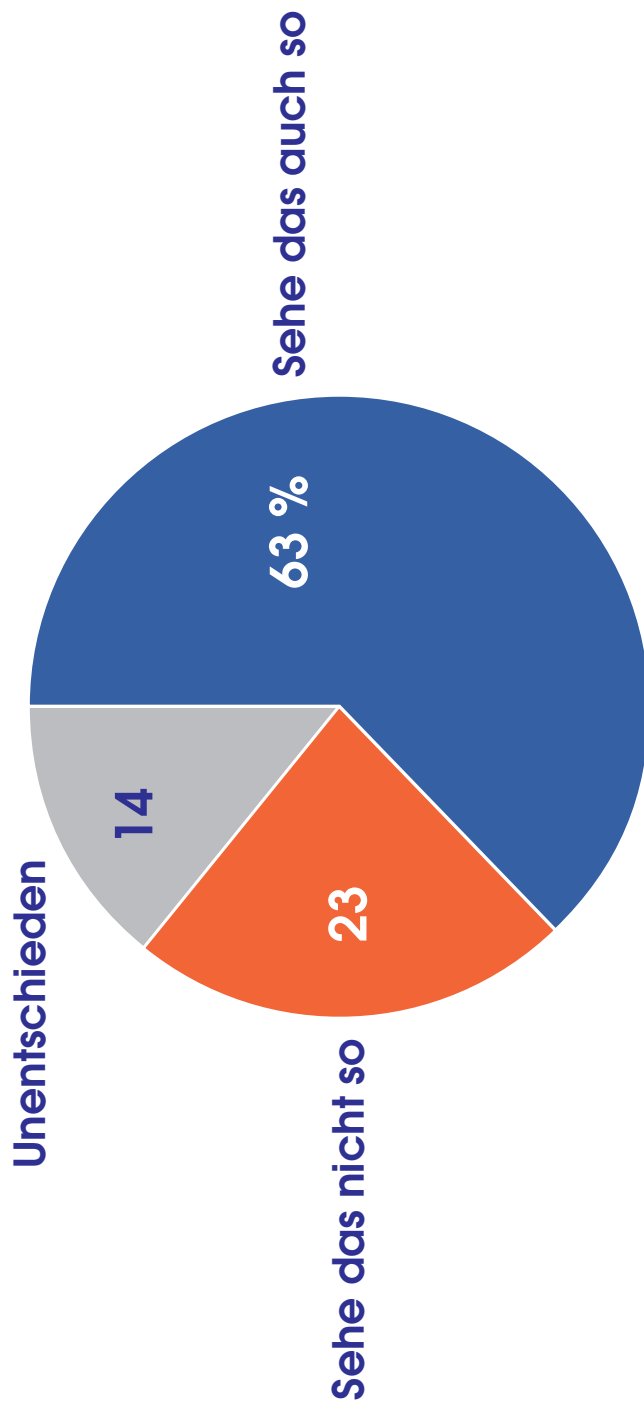
	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
Bundestagswahl							
27.9.2009	33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	-	6,0
2009: Jahresdurchschnitt	36,0	13,5	24,0	11,5	10,5	-	4,5
2010: Jahresdurchschnitt	33,0	8,0	28,0	16,0	9,5	-	5,5
2011: Jahresdurchschnitt	33,5	5,0	28,5	19,0	7,5	-	6,5
2012: Jahresdurchschnitt	35,5	4,5	29,0	14,5	6,5	-	10,0
Bundestagswahl							
22.9.2013	41,5	4,8	25,7	8,4	8,6	4,7	6,3
2013: Jahresdurchschnitt	39,5	5,5	26,0	12,5	7,5	-	9,0
2014: Jahresdurchschnitt	40,5	4,0	26,0	10,0	8,5	6,0	5,0
2015: Jahresdurchschnitt	40,0	5,0	26,0	10,0	9,0	5,5	4,5
2016: Jahresdurchschnitt	34,0	7,5	23,0	11,0	9,0	11,0	4,5
Bundestagswahl							
24.9.2017	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
2018: 5. bis 18. Januar	34,0	10,0	21,0	10,5	8,5	12,0	4,0
2. - 15. Februar	32,0	11,0	17,5	12,0	9,5	13,0	5,0
2. - 15. März	34,0	10,0	19,0	11,0	10,0	12,5	3,5
3. - 17. April	34,0	10,0	20,5	11,0	9,0	12,0	3,5
24. April - 8. Mai	34,0	9,0	20,0	11,0	10,0	11,5	4,5
1. - 13. Juni	33,0	9,5	21,0	11,0	9,5	13,0	3,0
1. - 12. Juli	30,5	9,5	20,0	12,0	9,0	15,0	4,0
27. Juli - 9. Aug.	31,0	9,0	20,0	12,5	9,0	14,5	4,0
1. - 13. September	31,5	8,5	19,5	12,5	9,0	15,0	4,0
28. Sept.-11. Okt.	29,0	8,5	19,0	15,0	9,0	15,0	4,5
2. - 15. November	28,0	9,5	17,0	19,0	9,0	13,5	4,0
1. - 12. Dezember	29,0	8,5	16,5	19,0	9,0	14,0	4,0
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	4,0
2019: 5. - 17. Januar	31,5	8,5	16,5	18,0	8,5	13,0	4,0
1. - 13. Februar	30,0	8,0	18,0	18,5	8,0	13,5	4,0
7. - 21. März	30,0	8,5	18,0	19,0	8,5	12,0	4,0
1. - 12. April	30,0	9,0	18,5	18,0	8,0	12,5	4,0
3. - 16. Mai	30,0	9,0	17,5	17,0	8,5	13,0	5,0

Befragt wurden insgesamt 1.283 Personen

Schaubilder

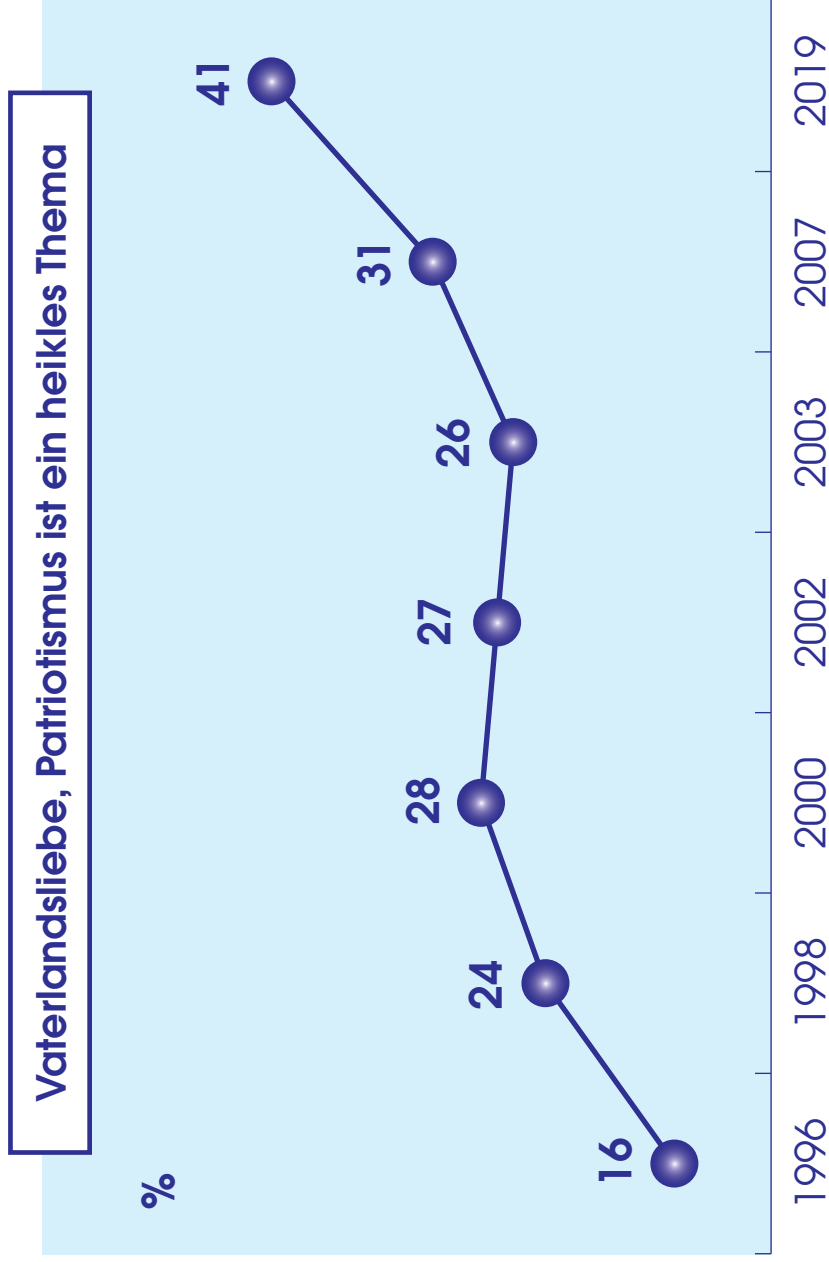
Begrenzte Freiheit

Frage: "Neulich sagte jemand: 'Heutzutage muss man sehr aufpassen, zu welchen Themen man sich wie äußert. Es gibt viele ungeschriebene Gesetze, welche Meinungen akzeptabel und zulässig sind und welche eher tabu.' Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"



Patriotismus wird zum Tabuthema

Frage: "Auf dieser Liste haben wir einiges aufgeschrieben, worüber man sich unterhalten kann. Welches davon sind Ihrer Ansicht nach heikle Themen, bei denen man sich leicht den Mund verbrennen kann, wenn man darüber spricht?"



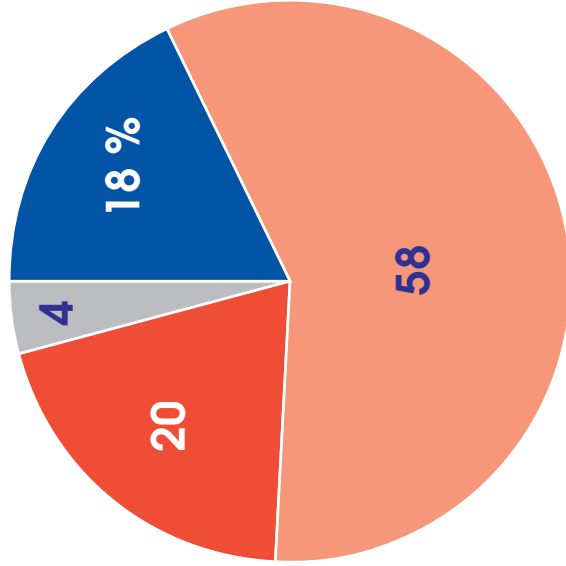
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12003

Meinungsfreiheit im öffentlichen und privaten Raum

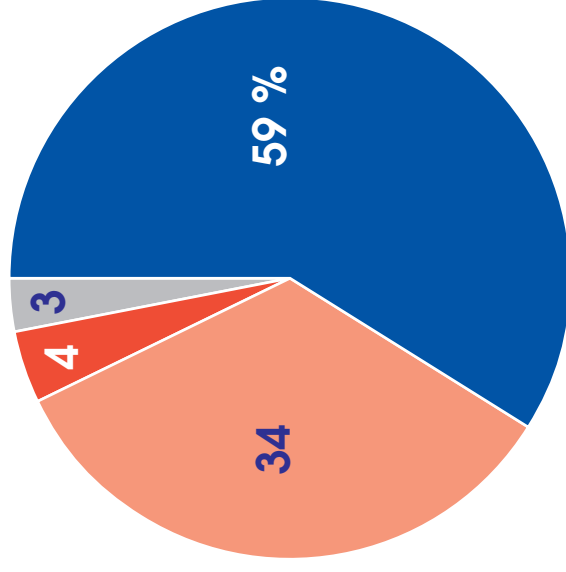
Fragen: "Würden Sie sagen, man kann in der Öffentlichkeit zu allem frei seine Meinung äußern, oder muss man da bei einigen oder bei vielen Themen vorsichtig sein?"

"Und im Freundes- und Bekanntenkreis?"

Öffentlich



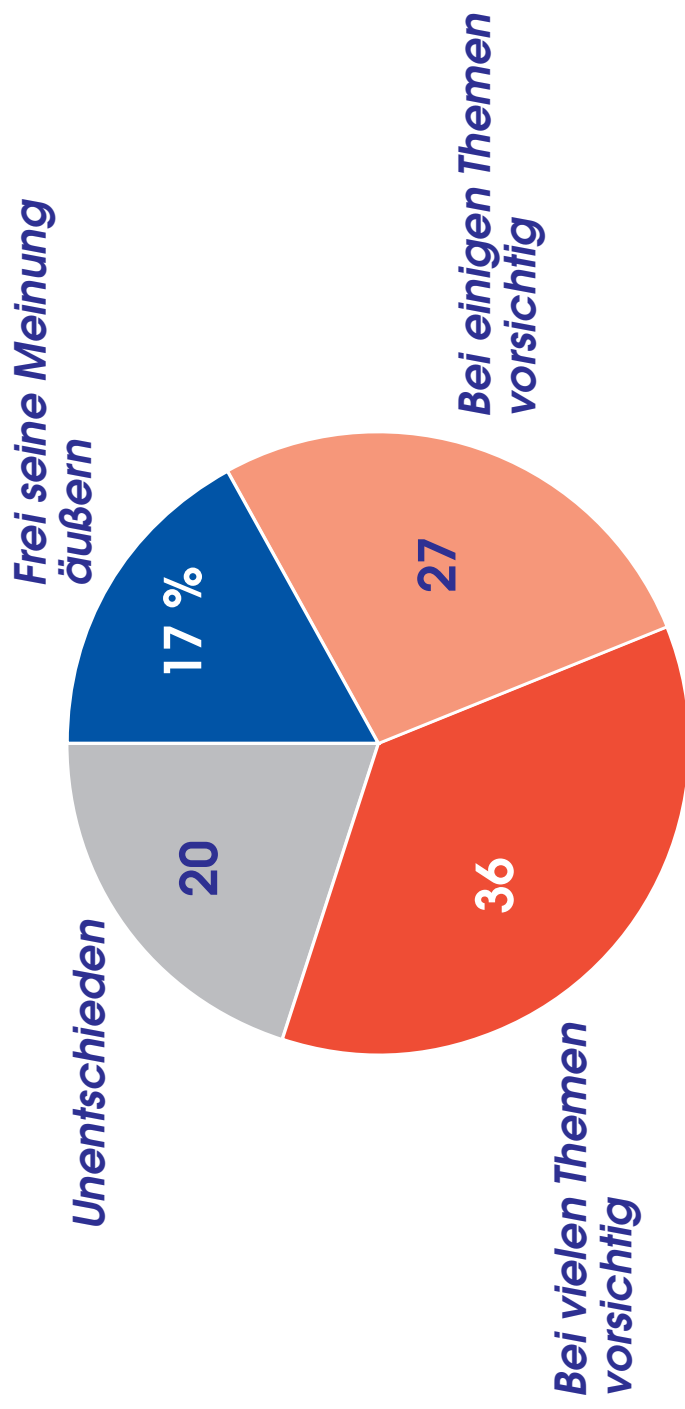
Unter Freunden



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12003

Am wenigsten Freiheit im Netz

Frage: "Wie ist es im Internet? Kann man da zu allem frei seine Meinung äußern, oder muss man da bei einigen oder bei vielen Themen vorsichtig sein?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12003

Was den Bürgern zu weit geht

Frage: "Hier auf der Liste stehen einmal verschiedene Trends oder Entwicklungen. Sind darunter welche, die Sie übertrieben finden?"

	Bevölkerung insgesamt
Dass man nicht mehr von "Ausländern", sondern von "Menschen mit Migrationshintergrund" spricht	66
Dass es gemeinsame Toilettenräume für alle Geschlechter, sogenannte Unisex-Toiletten, gibt	62
Dass das dritte Geschlecht eingeführt wurde für Menschen, die sich weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht zuordnen lassen	55
Dass zunehmend darauf geachtet wird, dass stets die männliche und die weibliche Form verwendet wird, z.B. in Reden oder Stellenanzeigen	54
Dass man in Texten mit einem Sternchen kennzeichnet, dass alle Geschlechter gemeint sind, z.B. Verkäufer*innen	54
Dass man keine Witze über Ausländer machen soll	42
Dass es Frauenquoten für Führungspositionen in großen Unternehmen gibt	25
Dass heute auch Homosexuelle heiraten können	21
Dass kritischer beobachtet wird, wie sich Männer gegenüber Frauen verhalten	20

Nachträgliche Zensur?

Frage: "Es wurde darüber diskutiert, ob man aus Kinderbuch-Klassikern wie Pippi Langstrumpf Wörter wie 'Neger' oder 'Negerkönig' streichen und sie durch andere Wörter ersetzen soll, z.B. durch 'Südsee-König'. Darüber unterhalten sich hier zwei. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken, der Obere oder der Untere?"

2013	2019
%	%

"Ich finde es richtig, wenn man in älteren Kinderbüchern Wörter, die nicht mehr zeitgemäß sind oder heute sogar als beleidigend empfunden werden, austauscht oder streicht. Man sollte Kinderbücher an den jeweiligen Sprachgebrauch anpassen."

19

14

"Das sehe ich anders. Als diese Kinderbücher geschrieben wurden, waren Begriffe wie 'Neger' völlig gebräuchlich. Man sollte die Bücher so lassen, wie sie damals geschrieben wurden, und nicht im Nachhinein den Wortlaut ändern."

71

75

Unentschieden

10

11

100

100

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 119
vom 23. Mai 2019, S. 12, unter dem Titel:

"Grenzen der Freiheit. Der Raum für die
Meinungsfreiheit wird kleiner, so sieht es eine
Mehrheit der Bürger. Denn mehr Themen werden
zu Tabuzonen."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Grenzen der Freiheit



Der Raum für die Meinungsfreiheit wird kleiner, so sieht es eine Mehrheit der Bürger. Denn mehr Themen werden zu Tabuzonen.

Von Prof. Dr. Renate Köcher
Institut für Demoskopie Allensbach

Meinungsfreiheit gehört für die Bevölkerung zu den wichtigsten Garantien der deutschen Verfassung. Die Mehrheit attestiert Deutschland auch, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung im Großen und Ganzen gesichert ist – allerdings mit Einschränkungen. Zum einen trennt die Bevölkerung deutlich zwischen Meinungsäußerungen im öffentlichen Raum und im privaten Kreis, zum anderen ist die an sich garantierte Meinungsfreiheit, so der Eindruck der großen Mehrheit, ausgeprägt themenabhängig. Annähernd zwei Drittel der Bürger sind überzeugt, man müsse heute „sehr aufpassen, zu welchen Themen man sich wie äußert“, denn es gebe viele ungeschriebene Gesetze, welche Meinungen akzeptabel und zulässig sind.

Allen voran gehört das Flüchtlingsthema für die große Mehrheit zu den heiklen Themen, bei denen man mit Äußerungen vorsichtig sein sollte, gefolgt von Meinungsäußerungen zu Muslimen und dem Islam. Auch die Nazizeit und Juden gehören für die Mehrheit zu den heiklen Themen, für knapp die Hälfte auch Rechts-Extremismus und Gespräche über die AfD. Darüber hinaus haben weite Bevölkerungskreise den Eindruck, dass man sich nur mit Vorsicht zu Themen wie Patriotismus, Homosexualität oder zu der Diskussion um das dritte Geschlecht äußern kann. Anders ist das bei Themen wie Klimaschutz, Gleichberechtigung, Arbeitslosigkeit oder Kindererziehung, zu denen man sich, so der Eindruck der überwältigenden Mehrheit, freimütig äußern kann.

Dass eine Gesellschaft die zulässigen Meinungsäußerungen bei bestimmten Themen durch Normen begrenzt, ist nicht

Zwei Drittel sind überzeugt, man müsse sehr aufpassen, zu welchen Themen man sich äußert.

per se ungewöhnlich oder kritisch. Es gibt Positionen, die für die Identität einer Gesellschaft von besonderer Bedeutung sind, und Äußerungen, die gegen grundlegende Werte einer Gesellschaft verstoßen. Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, hat jüngst darauf hingewiesen, dass die Akzeptanz der Werteordnung der Verfassung für den Zusammenhalt der Gesellschaft essentiell ist. Daraus folgt, dass es Grenzen des Sagbaren geben muss, etwa dort, wo die Würde des Menschen massiv attackiert wird. Auch der Umgang mit der NS-Zeit ist durch einen breiten gesellschaftlichen Konsens normativ in wesentlichen Teilen festgelegt. So haben 76 Prozent die Äußerung von Alexander Gauland, Hitler und die Nazis seien nur „ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“ als völlig inakzeptabel bewertet. Solche Grenzzeichnungen sind ein wichtiges Element von Identität und Zusammenhalt einer Gesellschaft. Die Überzeugung der Bevölkerung, dass man sich mit Äußerungen zur Nazizeit oder zu Juden unmöglich machen kann, spiegelt die Wirkung von Normen, auf die sich die überwältigende Mehrheit verständigt hat.

Anders ist das bei den Themen, die mehr als alle anderen als Tabuzonen eingeschätzt werden, Flüchtlinge und Islam. 71 Prozent sagen, dass man sich zur Flüchtlingsthematik nur mit Vorsicht äußern kann. Spätestens seit 2015 hat die Bevölkerung eine klare Vorstellung, was geschehen kann, wenn Konflikte in anderen Ländern, die sie weit entfernt wählten, eskalieren und Menschen die Existenzgrundlage entziehen. Die deutsche Bevölkerung ist im internationalen Vergleich gut informiert und weiß auch um das starke Bevölkerungswachstum in Afrika, mit dem das wirtschaftliche Wachstum dieses Kontinents nicht mithält. Daher hält die Mehrheit weitere Flüchtlingszuzüge für wahrscheinlich. Diese Sorge spielt subkutan eine große Rolle, auch wenn sich die Erregung der Jahre 2015 und 2016 weitgehend gelegt hat. Geliebten ist der Eindruck, dass die Eliten die Sorgen der Bevölkerung nicht ausreichend ernst nehmen und sogar unter Verdacht stellen.

Genauso greift die Diskussion über die Rolle und den Umgang mit dem Islam die Besorgnis der Bevölkerung nur begrenzt auf und trägt dadurch zu einem Gefühl der Entfremdung bei, das heute nicht nur in Deutschland, sondern mehr noch in anderen Ländern das Verhältnis zu den Führungseliten beeinflusst.

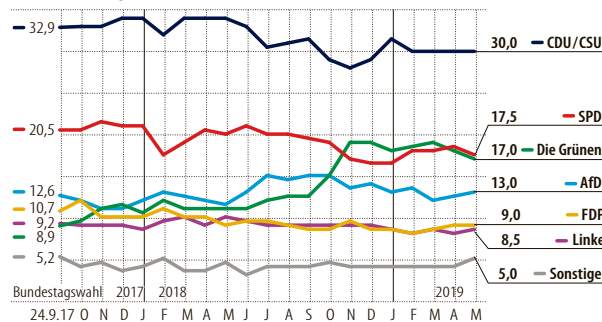
Nach dem Empfinden der Bürger mutiert auch ein anderer Bereich zunehmend zum Tabugebiet: Vaterlandsliebe und Patriotismus. Vor gut zwei Jahrzehnten empfanden nur 16 Prozent Patriotismus

als Misstrauens. Mit dem Aufkommen nationalistischer und gleichzeitig europakritischer Gruppierungen wurde Patriotismus immer mehr zu einem aufgeladenen, kontroversen Thema – auch weil Bürger zunehmend fürchten, als rechts außen zu gelten, wenn sie sich als Patrioten outen. Mittlerweile sagt ein Drittel der Bevölkerung, dass sich ein Politiker hüten sollte, Nationalstolz zu bekunden, wenn er sich nicht harten Angriffen aussetzen will.

Der öffentliche Raum wird ohnehin weitaus weniger mit Meinungsfreiheit

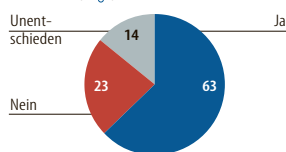
Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)



Politische Korrektheit und Tabuthemen

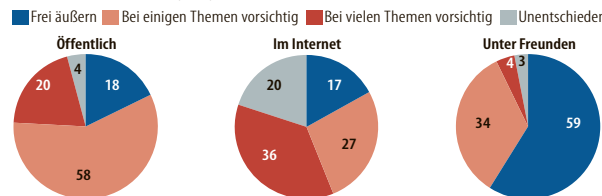
Gibt es viele ungeschriebene Gesetze, welche Meinungen akzeptabel und welche tabu sind? (in %)



Sind „Vaterlandsliebe“ und „Patriotismus“ heikle Gesprächsthemen? (in %)



Kann man sich in der Öffentlichkeit und im Internet zu allem frei äußern oder nur unter Freunden und Bekannten? (in %)



Quelle: Institut für Demoskopie für Allensbach/FAZ – Grafik Niebel

als heikles Thema, vor anderthalb Jahrzehnten 26 Prozent, aktuell 41 Prozent. In den neunziger Jahren und noch am Beginn des vergangenen Jahrzehnts wurden Patriotismus, Weltoffenheit und die Unterstützung für Europa nicht in einem Spannungsverhältnis gesehen. So war die CDU/CSU für die Bevölkerung gleichzeitig Europa- und Nationalpartei, eine politische Kraft, die sich für die europäische Integration einsetzte und sich zugleich mit der Nation identifizierte. Auch hier ist sich die Bevölkerung jedoch nicht mehr so sicher, ob die Eliten mit ihrer überzeugten Unterstützung der europäischen Integration und in einer globalisierten Weltwirtschaft die Nation noch hochhalten. Die Erfolge von Politikern in Europa und den Vereinigten Staaten, die klar der Nation Priorität einräumen und dies als Positionierung gegen das „Establishment“ propagieren, sind ein Ergebnis

soziiert als der private Bereich. 59 Prozent der Bevölkerung ziehen die Bilanz, dass in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis Meinungen frei geäußert werden können. Im öffentlichen Raum sehen nur 18 Prozent eine vergleichbare Freiheit. So sind 62 Prozent überzeugt, dass ein Politiker mit harter Kritik rechnen muss, der äußert, der Islam habe in Deutschland zu viel Einfluss; in ihrem privaten Umfeld gehen dagegen nur 22 Prozent davon aus, dass diese Äußerung Anstoß erregen würde. Die Einschätzung, für Flüchtlinge würde in Deutschland zu viel getan, sehen 61 Prozent im öffentlichen Raum als riskant an, aber nur 31 Prozent im privaten Kreis.

Noch weniger als der öffentliche Raum wird das Internet als Ort der grenzenlosen Meinungsfreiheit gesehen. Zwar sind dort extreme politische Anschauungen überproportional vertreten, ebenso rüde Formen der Auseinandersetzung, die außer-

halb des Internets kaum in dieser Ausprägung zu beobachten sind. Gerade das macht das Internet als Forum des politischen Meinungsaustauschs aber vielen suspekt und schreckt ab, sich dort zu exponieren. 17 Prozent sehen das Internet als eine Plattform, auf der man unbedenklich seine Meinungen vertreten kann; 36 Prozent haben dagegen den Eindruck, man solle sich dort bei vielen Themen besser zurückhalten. Diese Einschätzung nehmen 20 Prozent für den öffentlichen Raum und nur 4 Prozent für den eigenen privaten Kreis.

Bemerkenswert viele haben den Eindruck, dass sich bei Meinungsäußerungen in der Öffentlichkeit die soziale Kontrolle verstärkt sowie individuelle Äußerungen und Verhaltensweisen zunehmend unter Beobachtung stehen. Jeder zweite Bürger ist überzeugt, dass heute viel mehr darauf geachtet wird, wie man sich in der Öffentlichkeit verhält und was man sagt. 41 Prozent kritisieren, die Political Correctness werde übertrieben, 35 Prozent ziehen für sich sogar den Schluss, dass freie Meinungsäußerungen nur noch im privaten Kreis möglich sind.

Zu dem Eindruck, dass die Freiheitsräume im öffentlichen Raum kleiner werden, haben nicht nur unausgetragene Kontroversen über wichtige Entscheidungen beigetragen, sondern auch die Rigorosität, mit der bestimmte Sprachregelungen eingefordert werden. So finden es zwei Drittel der Bevölkerung übertrieben, wenn statt der Begriffe Ausländer oder Ausländischstämmige umständlich von Menschen mit Migrationshintergrund gesprochen werden soll – ein Begriff, der für akademische Seminare, aber nicht für die Alltagssprache taugt. Der Mehrheit geht auch zu weit, dass immer mehr auf Genderneutralität geachtet wird, sei es durch die Einforderung, dass in Ansprachen immer die männliche und die weibliche Anrede zu verwenden ist, sei es durch Vorgaben für Stellenanzeigen, in denen nun durch ein Sternchen alle drei Geschlechter zu adressieren sind. Dies trifft zwar durch alle Generationen und Bildungsschichten auf Unverständnis. Generell tut sich die Mehrheit mit der offiziellen Einführung des dritten Geschlechts schwer.

Fast jeder Zweite sagt, die Political Correctness werde übertrieben, das Verständnis dafür geht zurück.

Völlig verständnislos reagieren die Bürger auf nachträgliche Korrekturvorschläge zu Texten, die sicherstellen sollen, dass sie heutigen Sensibilitäten und Normen entsprechen. Dass beispielsweise Astrid Lindgrens „Negerkönig“ in „Pippi Langstrumpf“ zum „Südseekönig“ mutieren müsste, um nach heutigen Maßstäben politisch korrekt zu sein, löst nur Kopfschütteln aus. 75 Prozent plädieren für die Beibehaltung der Originalversion, nur 14 Prozent votieren dafür, Begriffe, die heute als nicht mehr zeitgemäß oder beleidigend empfunden werden, auszutauschen. Das Verständnis für solche Forderungen ist in den letzten Jahren nicht gewachsen, sondern zurückgegangen. 57 Prozent der Bevölkerung „geht es auf die Nerven, dass einem immer mehr vorgeschrieben wird, was man sagen darf und wie man sich zu verhalten hat“. Überdurchschnittlich beklagt sich die ostdeutsche Bevölkerung, die noch relativ frische historische Erinnerungen an Reglementierung und Einengung hat. Es macht einen großen Unterschied, ob eine Gesellschaft sich allgemein akzeptierten und für sinnvoll gehaltenen Normen unterwirft oder ob die Bürger den Eindruck haben, dass sie immer mehr beobachtet und bewertet werden und einem oft kleinteiligen Erziehungsprozess ausgesetzt sind – und sei es auch mit den besten Absichten. Zurzeit ist in der politischen Debatte viel von Respekt die Rede, wenn auch in einem anderen Kontext. Viele Bürger vermissen in dem Sinne Respekt, dass sie mit ihren Sorgen und Positionen ernst genommen werden wollen, dass über wesentliche Entwicklungen offen diskutiert wird und sie von erzählerischem Furor verschont bleiben.